



Stellungnahme des BUND Berlin zum Dekarbonisierungsfahrplan für die BEW-Wärmenetze

Auf den Punkt

Berlins Wärmewende darf nicht in einer modernisierten Verbrennungsstrategie stecken bleiben. Gas ist keine Brücke in die Zukunft, wenn am Ende unklar bleibt, ob der versprochene Wasserstoff überhaupt verfügbar und bezahlbar sein wird. Neue Biomassekraftwerke sind keine nachhaltige Lösung. Zusätzliche Müllkapazitäten laufen einer Zero-Waste-Strategie zuwider.

Einführung

Rund ein Drittel des Berliner Wärmebedarfs wird durch Fernwärme gedeckt. Somit ist der aktualisierte Dekarbonisierungsfahrplan der Berliner Energie und Wärme GmbH (BEW) für Berlin von großer Bedeutung: **Er entscheidet mit darüber, ob die Wärmewende sozial, ökologisch und rechtzeitig gelingt.** Aus Sicht des BUND Berlin reicht der vorgelegte Fahrplan dafür nicht aus. Zwar benennt er wichtige Herausforderungen, insgesamt setzt er aber noch zu stark auf Verbrennungstechnologien und zu wenig auf wirklich erneuerbare Wärmequellen. Zudem bleibt die BEW mit dem neuen Zieljahr 2045 für Klimaneutralität hinter dem früheren Dekarbonisierungsplan von Vattenfall zurück.

Für die klimapolitische Bewertung ist jedoch **nicht allein entscheidend, wann Klimaneutralität erreicht werden soll.** Maßgeblich ist vielmehr, wie viele Treibhausgase bis dahin insgesamt noch ausgestoßen werden. Vor diesem Hintergrund bewertet der BUND Berlin den **weitreichenden Ausbau und Einsatz erdgasbetriebener Anlagen mindestens bis 2038 als klimapolitisch verfehlt.** Wer heute neue fossile Infrastruktur errichtet, verschiebt das Problem nicht nur – er zementiert es.

Der BUND Berlin fordert deshalb die BEW und den Berliner Senat auf, die Berliner Fernwärme **zügig und verbindlich auf einen vollständig erneuerbaren Kurs zu bringen.** Statt weiter in Verbrennungstechnologien zu investieren, braucht es einen **entschlossenen Ausbau von tiefer Geothermie, Großwärmepumpen zur Nutzung von Umwelt- und Abwärme und Wärmespeichern – und ein leistungsfähiges Stromnetz,** das diese klimafreundlichen Wärmequellen zuverlässig erschließt. Die wesentlichen politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen dafür müssen in der kommenden Legislaturperiode geschaffen und im neuen Koalitionsvertrag verbindlich verankert werden.

Kernkritik: Der Fahrplan setzt zu stark auf Verbrennung

Die Grundschwäche des Dekarbonisierungsfahrplans liegt aus Sicht des BUND Berlin in seiner technologischen Schlagseite: Statt entschlossen die vorhandenen Berliner Potenziale bei Umweltwärme und Abwärme zu erschließen, **setzt die BEW weiterhin zu stark auf Verbrennung:** auf Erdgas, perspektivisch auf Wasserstoff, außerdem auf

Biomasse und Abfall. Das ist weder besonders zukunftssicher noch überzeugend nachhaltig.

Den Einsatz von Wasserstoff minimieren

Der BUND Berlin kritisiert insbesondere die **fortgesetzte Orientierung auf neue erdgasbasierte, lediglich „wasserstofffähige“ Anlagen**. Selbst nach 2038 ist der Einsatz von 100 Prozent Wasserstoff in diesen Anlagen alles andere als sicher: **Wasserstoff aus erneuerbaren Energien wird voraussichtlich knapp und teuer bleiben**; seine Verfügbarkeit für die Berliner Wärmeerzeugung ist nicht gesichert. Unklar bleibt zudem, ob mit den geplanten Erdgas-Kraftwerken und -Heißwassererzeugern tatsächlich später dauerhaft ein Betrieb mit 100 Prozent Wasserstoff möglich ist: Weltweit gibt es bislang keine kommerziell verfügbare Anlage dieser Größenordnung, die einen solchen Betrieb nachweislich ermöglicht.

Der Dekarbonisierungsfahrplan berücksichtigt die unsichere Verfügbarkeit von Wasserstoff mit drei alternativen Entwicklungsszenarien, die mit einem Anteil von 15 bis 45 Prozent an der Fernwärmeerzeugung unterschiedlich stark auf die Nutzung von Wasserstoff setzen. Der BUND Berlin bewertet jedoch **selbst einen Anteil von 15 Prozent als kritisch**: Der Einsatz von grünem Wasserstoff sollte nur für eng begrenzte Ausnahmefälle geplant werden, etwa für seltene Spitzenlasten, in Zeiten hohen Wärmebedarfs und geringer erneuerbarer Stromerzeugung. Er taugt nicht als tragende Säule einer sozial verträglichen Fernwärmestrategie.

Biomasse: Keine Ausweitung der Holzverbrennung

Auch den Bau neuer Biomassekraftwerke beziehungsweise eine weitere Ausweitung der Holzverbrennung lehnt der BUND Berlin klar ab. **Holzverbrennung ist nicht klimaneutral**; bei der Verbrennung werden sofort erhebliche Mengen CO₂ freigesetzt; die Wiederaufnahme im Wald dauert dagegen Jahrzehnte. Zudem sind nachhaltig verfügbare Holzmengen begrenzt.

Der BUND Berlin kritisiert, dass **Berlin schon heute mehr Altholz verbrennt, als in der Region anfällt**, und dass zusätzliche Mengen aus anderen Regionen herangeschafft werden müssten. Das schwächt Kaskadennutzung und Recycling und erhöht Transportaufwand und Ressourcendruck. Besonders problematisch ist aus Sicht des BUND Berlin die Perspektive, zusätzlich Agrarholz aus Kurzumtriebsplantagen einzusetzen. Bei der bereits jetzt herrschenden Ressourcenknappheit und der starken Konkurrenz alternativer Nutzungen sind explodierende Brennstoffkosten zu befürchten, die insgesamt den Wärmepreis in die Höhe treiben werden.

Die Schlussfolgerung des BUND Berlin ist eindeutig: **Keine neuen Biomassekraftwerke, keine weitere Festlegung auf Holz als tragende Wärmesäule**. Die Nachhaltigkeitsvereinbarung für Biomasse zwischen dem Land Berlin und der BEW muss unverzüglich novelliert werden. Sie basiert auf veralteten Annahmen und stuft Holz fälschlicherweise als ökologisch unbedenklichen Brennstoff ein. Der Berliner Senat muss als Eigentümer verbindliche und verschärfte Beschaffungskriterien festlegen, die eine thermische Nutzung von Holz streng auf absolute, nicht weiter wiederverwertbare Reststoffe beschränken und Primärholz sowie stofflich verwertbares Altholz konsequent ausschließen.

Abfallverbrennung: Mehr Müll einzuplanen widerspricht Zero Waste

Die Wärmegegewinnung aus Abfall soll gemäß Dekarbonisierungsplan verdoppelt werden und auf einen Anteil von zehn Prozent der Fernwärmeerzeugung ansteigen. Der Fahrplan rechnet mit **Müllkapazitäten, die in einem klaren Widerspruch zu einer glaubwürdigen Zero-Waste-Politik stehen**. Wenn Berlin Restmüll vermeiden, wiederverwenden und besser recyceln will, dürfen künftige Wärmestrategien nicht auf dauerhaft hohe oder sogar ausgeweitete Müllmengen bauen.

Der BUND Berlin kritisiert daher, dass zusätzliche Verbrennungskapazitäten faktisch einen Anreiz schaffen können, an hohen Restabfallmengen festzuhalten. Abfallverbrennung mag kurzfristig im bestehenden System eine Rolle spielen, sie darf aber aus Sicht des BUND Berlin nicht als zukunftsfähige Hauptstütze der Wärmewende behandelt werden. **Eine Zero-Waste-Strategie und der dauerhafte Ausbau von Müllverbrennung passen nicht zusammen**. Wer weniger Abfall will, darf seine Wärmeplanung nicht auf mehr Verbrennung aufbauen.

Das Fernwärmenetz wirklich erneuerbar machen

Geothermie, Wärmepumpen, Speicher und Stromnetzausbau müssen nach vorn

Statt sich von unsicheren und potenziell teuren Importen abhängig zu machen, muss die BEW in die Nutzung lokaler Wärmequellen investieren. Der BUND Berlin fordert, den großflächigen Einsatz von tiefer Geothermie und Wärmepumpen, sowie den Ausbau des Stromnetzes und den Aufbau von Wärmespeichern deutlich stärker in den Mittelpunkt der Dekarbonisierungsstrategie zu rücken. Das ist aus seiner Sicht die **zentrale Weichenstellung für eine glaubwürdige Wärmewende**.

Wärmepumpen nutzen Strom wesentlich effizienter als strombasierte Verbrennungspfade. Während Elektrodenkessel („Power-to-Heat“) Strom ungefähr im Verhältnis 1:1 in Wärme umwandelt, können Großwärmepumpen aus derselben Strommenge das zwei- bis fünffache an Wärme gewinnen. Noch deutlicher wird der Unterschied beim Wasserstoff, da bei der Erzeugung von Wasserstoff rund die Hälfte des Stroms verloren geht. Gerade in einem Energiesystem, in dem erneuerbarer Strom knapp und wertvoll bleibt, ist das ein entscheidender Punkt.

Für den BUND Berlin ist deshalb klar: **Wärmepumpen sind die wirklich erneuerbare und effiziente Alternative**. Berlin sollte alle realistischen Potenziale evaluieren und erschließen – Abwärme aus Abwasser, Industrie, Gewerbe und Rechenzentren, sowie Umweltwärmequellen wie Gewässer- und Erdwärme. Der Fahrplan bleibt hier nach Auffassung des BUND Berlin hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurück.

Wärmepumpen brauchen Strom. Ein **zügiger Ausbau des Berliner Stromnetzes** ist aus Sicht des BUND Berlin eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Fernwärme im großen Maßstab überhaupt funktionieren kann.

Netztemperatur senken

Niedrigere Netztemperaturen verringern Leitungsverluste und erleichtern den Einsatz von Wärmepumpen für Umwelt- und Abwärme. Sie sind damit eine zentrale Voraussetzung für eine erneuerbare und ressourcenschonende Fernwärme. Der Fahrplan kündigt zwar

Netzbereiche mit niedrigeren Temperaturen an, es bleibt aber offen, wo und bis wann sie entstehen sollen. Der BUND Berlin fordert daher **einen verbindlichen Zeitplan für die Absenkung der Netztemperaturen** und den Ausbau entsprechender Netzbereiche.

Mit den Temperaturabsenkungen darf nicht auf Vollsanierungen gewartet werden. Die BEW muss verbindliche Temperaturziele für einzelne Netzabschnitte setzen, kritische Anschlüsse optimieren und über Anschlussbedingungen, Messpflichten und Tarife niedrige Rücklauftemperaturen durchsetzen. Eigentümer*innen müssen Heizungsanlagen, Heizflächen und Warmwasserbereitung ertüchtigen; dafür braucht es klare Vorgaben und Förderung. Nur so lassen sich Netztemperaturen senken und lokale Umwelt- und Abwärme besser nutzen.

Netzverdichtung und – ausbau gehören auf den Prüfstand

Nach Darstellung der BEW ist das heutige Fernwärmenetz historisch auf wenige große Kraftwerksstandorte ausgerichtet. Viele lokale Wärmequellen liegen jedoch an anderen Orten in der Stadt. Um sie nutzen zu können, müssen Leitungen und Einspeisepunkte angepasst werden. Nicht nur die hohen Netztemperaturen, auch die historisch gewachsene Struktur des Fernwärmenetzes limitiert somit die Nutzung erneuerbarer Wärmequellen. Der BUND Berlin **hinterfragt deshalb kritisch die Annahme der BEW, wonach die Potenziale lokaler Umwelt- und Abwärmequellen mit dem vorliegenden Dekarbonisierungsplan bereits weitgehend ausgeschöpft seien**. Diese Einschätzung muss transparent anhand nachvollziehbarer Daten, räumlicher Analysen und technischer Kriterien belegt werden. Sie darf insbesondere nicht dazu dienen, einen hohen Einsatz von Wasserstoff, Biomasse oder Abfallverbrennung als alternativlos erscheinen zu lassen.

Der BUND Berlin fordert deshalb, den weiteren **Ausbau und die Verdichtung des Fernwärmenetzes an klare ökologische und wirtschaftliche Voraussetzungen** zu knüpfen. Zunächst muss finanziell und technisch abgesichert werden, wie das bestehende Netz vollständig erneuerbar werden kann.

Der BUND Berlin bewertet darüber hinaus die Annahmen der BEW zu den Sanierungsraten kritisch. Die BEW geht von einem Anstieg der Sanierungsrate von derzeit rund 0,7 Prozent auf 2,3 Prozent bis 2045 aus. Eine solche Entwicklung wäre sinnvoll und notwendig, liegt jedoch nicht im unmittelbaren Einflussbereich der BEW. Daher sollten Wärmebedarfsberechnungen und darauf aufbauende Ausbau- und Verdichtungspläne von vorsichtigeren Annahmen zur Sanierungsentwicklung ausgehen.

Solange eine Umstellung des bestehenden Fernwärmenetzes auf 100 Prozent erneuerbare Energie nicht verlässlich geplant und finanziert ist, bewertet der BUND Berlin **neue Fernwärmeanschlüsse kritisch**. Jeder zusätzliche Anschluss vergrößert ein System, dessen Versorgung langfristig noch teilweise von fossilen oder klimapolitisch fragwürdigen Energieträgern abhängen könnte.

Politische Voraussetzungen für erneuerbare Fernwärme schaffen

Der BUND Berlin fordert das Land Berlin auf, die Voraussetzungen für eine erneuerbare Fernwärme zügig zu schaffen. Dazu gehören **verbindliche und ambitionierte Sanierungsziele für den Gebäudebestand**, ein beschleunigter Ausbau der Stromnetze sowie die **frühzeitige Sicherung geeigneter Flächen für Geothermie**, Wärmepumpen,

Speicher und weitere Anlagen zur klimafreundlichen Wärmeversorgung. Auch die **Zusammenarbeit öffentlicher Unternehmen muss verbindlich organisiert** werden, etwa zwischen der BEW und den Berliner Wasserbetrieben bei der Nutzung von Abwasserwärme.

Aus Sicht des BUND Berlin müssen **Genehmigungsverfahren für geeignete Wärmeprojekte schneller und besser koordiniert** werden. Dies darf jedoch **nicht zu einer Absenkung von Umweltstandards führen**. Stattdessen fordert der BUND Berlin ausreichend ausgestattete Behörden, klare Zuständigkeiten, einheitliche fachliche Anforderungen und transparente Prüfverfahren. Gerade beim Ausbau von Geothermie und bei der Nutzung von Gewässern, Grundwasser oder Abwasser müssen Klima- und Gewässerschutz gleichermaßen gewährleistet sein.

Wegen der langen Planungs- und Bauzeiten großer Infrastrukturprojekte fordert der BUND Berlin, **zentrale Entscheidungen in der kommenden Legislaturperiode verbindlich zu treffen**. Dazu zählen insbesondere die Priorisierung erneuerbarer Wärmequellen, der Ausbau von Saisonalspeichern, der Ausbau des Stromnetzes, der Umbau der Fernwärmenetze und die Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

Transparenz und Kontrolle stärken

Der BUND Berlin fordert eine transparente, öffentlich nachvollziehbare Dekarbonisierungsplanung der BEW. Dazu **muss die Datenbasis offengelegt werden**: Die Verfügbarkeit von Wärmequellen, die technischen und ökonomische Bewertung verschiedener Wärmeerzeugungstechnologien – insbesondere die Annahmen zu Investitionskosten und zukünftigen Energiepreisen. Nur auf dieser Grundlage können Öffentlichkeit, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nachvollziehen, **ob der eingeschlagene Weg tatsächlich klimaverträglich, wirtschaftlich tragfähig und sozial gerecht ist**. Und nur so kann Vertrauen und Akzeptanz für den notwendigen Umbau der Fernwärme gewonnen werden.

In ihrer Planung für die Jahre 2035 bis 2045 betrachtet die BEW die Wärmeerzeugung bislang nur auf Ebene des Gesamtnetzes. Das reicht nicht aus: Das Fernwärmesystem ist hydraulisch in zwei große Versorgungsgebiete mit zahlreichen Teilnetzen sowie zehn Inselnetze untergliedert. Der BUND Berlin fordert deshalb **die Erstellung, bzw. Offenlegung teilnetzbezogener Transformationspfade**. Diese müssen nachvollziehbar machen, wie lokale erneuerbare Wärmequellen und Einspeisepunkte genutzt, Netztemperaturen abgesenkt und Versorgungsspitzen künftig ohne fossile oder andere brennbare Energieträger gedeckt werden.

Der BUND Berlin fordert, die Berliner **Fernwärmeregulierungsbehörde mit wirksamen Befugnissen und ausreichenden Ressourcen** auszustatten. Sie muss in die Lage versetzt werden, Dekarbonisierungspläne, Investitionen und Preisbildung, sowie die Einhaltung der Klimaziele wirksam und regelmäßig zu überprüfen. Ihre Bewertungen müssen öffentlich zugänglich sein.

Der BUND Berlin fordert darüber hinaus einen unabhängigen, zivilgesellschaftlich und divers besetzten **Wärmewenderat beim Senat** – analog zum Berliner Klimaschutzrat. Er soll die Dekarbonisierung der Berliner Wärmeversorgung begleiten, Senat und Abgeordnetenhaus beraten sowie Empfehlungen und Stellungnahmen veröffentlichen.

Zugleich soll er **die Dekarbonisierungsplanung und Zielerreichung der landeseigenen BEW regelmäßig überprüfen und öffentlich bewerten.**

Eine solche Kontrolle ist aus Sicht des BUND Berlin notwendig, um Verbraucher*innen zu schützen und sicherzustellen, dass die Fernwärme nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich klimaneutral und bezahlbar wird.

Fazit: Der nächste Koalitionsvertrag die Weichen stellen

Der BUND Berlin fordert eine **klare Neupriorisierung des Dekarbonisierungsfahrplans**. Vorrang müssen die Technologien und Infrastrukturen haben, die ökologisch tragfähig, regional verfügbar und langfristig bezahlbar sind. Dazu gehören insbesondere:

- **Schneller und verbindlicher Ausbau des Stromnetzes**, damit Wärmepumpen, Speicher und flexible Stromnutzung im nötigen Umfang möglich werden
- **Systematische Erschließung von Abwärme und Umweltwärme, deutlich stärkere Investitionen in tiefe Geothermie, Großwärmepumpen und Wärmespeicher** als zentrale erneuerbare Wärmetechnologie
- **Senkung der Netztemperaturen, energetische Gebäudesanierung**, damit erneuerbare Wärme besser integriert werden kann
- **äußerste Zurückhaltung beim Einsatz von Wasserstoff** wegen unsicherer Verfügbarkeit und absehbar hoher Kosten
- **kein weiterer Ausbau neuer Biomasseverbrennung, verbindliche und verschärfte Beschaffungskriterien**, die eine thermische Nutzung von Holz streng auf absolute, nicht weiter wiederverwertbare Reststoffe beschränken
- **Die Zero-Waste-Strategie muss sich in der Fernwärmeplanung widerspiegeln**
- **Ausbau und Verdichtung des Fernwärmenetzes gehören auf den Prüfstand**
- **Politische und behördlichen Voraussetzung für den Umbau der Fernwärme schaffen**

Berlin, im September 2026

Herausgeber: BUND Berlin, Crellestraße 35, 10827 Berlin, kontakt@bund-berlin.de